



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von
Elterninitiativen #lautfürFamilien und #KinderBrauchenSchule**

1. Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?

Antwort:

Deutschland befindet sich in der Übergangsphase vom pandemischen in ein endemisches Geschehen. Die Dauer dieses Übergangs lässt sich zeitlich noch nicht bestimmen. Der Bundestag hat am 25. August 2021 die epidemische Lage von nationaler Tragweite für maximal drei weitere Monate verlängert. Diese Verlängerung war nötig mit Blick auf die weitere dynamische Ausbreitung des Coronavirus. Das Ende der Pandemie ist erreicht, wenn die Grundimmunität in der Bevölkerung durch das Impfen derart gesteigert werden konnte, dass vom Infektionsgeschehen keine das Gesundheitssystem überfordernde Belastung mehr ausgeht und die Personengruppen, die (noch) nicht geimpft werden können, vor einer möglichen folgenreichen Infektion geschützt sind. Die Inzidenz als zentraler Messwert tritt im Herbst 2021 in den Hintergrund. Sie war der Maßstab bei einer ungeimpften Bevölkerung. Als neue Parameter werden die stationär behandelten COVID-Patienten stärker in den Blick genommen.

2. Werden Sie alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie Kitas, Schulen, außerschulische Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote ohne Zugangsbeschränkungen (Impfung, Tests, nicht medizinisch indizierte Schutzmaßnahmen) mit höchster Priorität vorrangig öffnen?

5. Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht?

8. Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats auch bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung der Kinder und Jugendlichen stellen bzw. den Kinderschutzverbänden und den Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in ihren Empfehlungen folgen?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 2, 5 und 8:

Die Kultusministerkonferenz hat am 6. August 2021 beschlossen, dem Präsenzunterricht höchste Priorität einzuräumen. Entsprechend wurden die Konzepte zum Infektionsschutz an den Schulen ausgebaut. Zudem hat die STIKO inzwischen eine COVID-19-Impfempfehlung für alle 12- bis 17-Jährigen ausgesprochen. Ferner wird der Gesundheits- und Hygieneschutz sowie auch die Sicherstellung des Präsenzunterrichts maßgeblich durch die in der S3-Leitlinie formulierten „Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen“ unterstützt. Aus Sicht von CDU und CSU kann die ausschließliche Betrachtung der Inzidenz nicht mehr als alleiniger Bewertungsmaßstab zu Rate gezogen werden. Mit der steigenden Impfquote und den erprobten Testkonzepten an den Schulen sollte der Präsenzunterricht soweit möglich aufrechterhalten werden. Wir möchten erneute Schulschließungen vermeiden und gleichzeitig sollen möglichst wenige Schülerinnen und Schüler von Quarantänemaßnahmen betroffen sein. Hier sind auch die Gesundheitsämter in der Pflicht angemessen, transparent und einheitlich zu entscheiden.

3. Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder im Hinblick die UN Kinderrechtskonvention im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?**Antwort:**

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass jedes Kind und jeder Jugendliche entsprechend seiner Möglichkeiten von Anfang an gefördert wird. Daher werden CDU und CSU die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsorten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Zudem fördern wir den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen und stärken die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“, die auf beste Bildungschancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler abzielt. Um Kinder, die durch die Corona-Pandemie besonders beeinträchtigt waren, zu unterstützen, haben wir ein Aufholpaket Corona in Höhe von 2 Mrd. Euro aufgelegt.

Die unionsgeführte Bundesregierung verabschiedete im Dezember 2019 eine Jugendstrategie, in der sich alle Ressorts dazu bekennen, junge Menschen stärker zu beteiligen und ihre Interessen besser zu berücksichtigen. Über 500 Jugendparlamente in

Deutschland sowie weitere 300 Jugendforen werden im Rahmen dieser Jugendstrategie unterstützt. Zudem halten wir daran fest, dass bei der Fortschreibung der Jugendstrategie die jungen Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache berücksichtigt werden.

CDU und CSU haben einen besonderen Schwerpunkt auf den Schutz von Kindern gelegt. Wir setzen uns dafür ein, Kinder konsequent vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Wir haben das Strafrecht in diesem Bereich drastisch verschärft und verstärken die Prävention. Wir machen uns u.a. stark für ein Pflichtfach Kinderschutz, eine Qualifizierungsoffensive für alle, die mit Kindern arbeiten. Darüber hinaus fordern wir kinderfreundliche Beschwerde- und Gerichtsverfahren und geeignete Hilfsangebote auch für traumatisierte Kinder.

4. Werden Sie bei allen Öffnungsschritten immer prioritär auch die Beschränkungen für Kinder aufheben, wie beispielsweise Maskenpflicht auf Spielplätzen, Beschränkungen in Schwimmbädern, etc.? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Für geimpfte, genesene oder getestete Personen gelten besondere Zugangsrechte zum Beispiel bei Veranstaltungen, in Krankenhäusern oder beim Sport in Innenräumen. Diese 3G-Regel haben Bund und Länder am 10. August 2021 bei der Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam beschlossen. Über die Regeln und Einschränkungen, die vor Ort gelten, entscheiden die jeweiligen Bundesländer.

CDU und CSU wollen eine Milliarde Euro bereitstellen, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel investieren wir in frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und zusätzliche Sozialarbeit.

6. Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

CDU und CSU lehnen eine Impfpflicht gegen das Coronavirus ab. Vielmehr geht es darum, die Bereitschaft bei den Menschen in unserem Land durch Aufklärung – ggf. auch durch Anreize – zu wecken. Impfen ist der beste Weg, damit in Deutschland weitgehend auf einschränkende Maßnahmen verzichtet werden kann.

7. Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode ein Konzept entwickeln, um Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu ermöglichen und also mehr Lehrpersonal und Räumlichkeiten schaffen? Wenn nein, warum nicht?**Antwort:**

CDU und CSU wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickelt werden. Dazu werden wir bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel aufbauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für die Lehrerbildung und das Unterrichtsgeschehen praktisch nutzbar zu machen. Dabei werden sicherlich auch Konzepte für das Lernen in Präsenz und in kleineren Lerngruppen entstehen. Für die konkrete Ausgestaltung des Unterrichts vor Ort sind jedoch allein die Länder zuständig. Daran werden CDU und CSU auch in Zukunft festhalten.